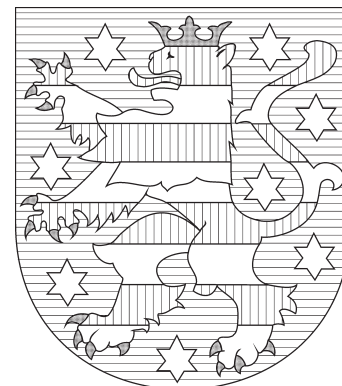


Thüringer STAATSANZEIGER

Nr. 30/2020

Montag, 27. Juli 2020

30. Jahrgang



Gruppenfoto auf den Domstufen während des kurzen Spaziergangs zum Domplatz



Bevor am 19. Juni 2020 im gemeinsamen Plenum die Beschlüsse zur Tagesordnung gefasst wurden, wurden diese am Vortag in kleiner Runde beraten

Fotos: TMIK/Steve Bauerschmidt

„Es war in der Tat eine besondere Innenministerkonferenz.“

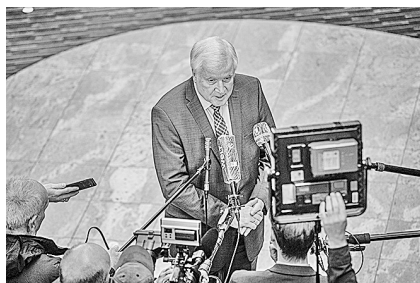
(Horst Seehofer)

Am 17. Januar 2020 erhielt der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales, Georg Maier, von seinem Amtsvorgänger, dem damaligen Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Hans-Joachim Grote, den symbolischen Staffeltab des Vorsitzlandes. Bereits seit Jahresbeginn zeichnet der Thüringer Innenminister verantwortlich für die Amtsgeschäfte der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK). Sie steht unter dem Motto: „Demokratie verteidigen – Rechtsstaat stärken“. Direkt im Januar begannen die konkreten Vorbereitungen für die zwei Haupttagungen im Frühjahr und im Herbst, welche jedoch mit Beginn der Corona-Pandemie Mitte März vorerst auf Eis gelegt werden mussten. Mit den beginnenden Lockerungen der Pandemiemaßnahmen nahm die Organisation insbesondere der physischen Frühjahrskonferenz vom 17. bis 19. Juni 2020 in Erfurt wieder Fahrt auf.

Die Corona-Einschränkungen brachten neue Herausforderungen für Thüringen als Gastgeberland. So wurden die Teilnehmerzahl sowie die Anzahl der Tagungsorte reduziert. Abstandshinweise und Mund-Nase-Bedeckungen waren überall präsent. Eigens für die Konferenz wurden Mund-Nase-Bedeckungen und Abstandsaufkleber angeschafft. Als Vorsitzland hat Thüringen den Anspruch, die Sicherheitspolitik in Deutschland aktiv mitzugestalten. Innenminister Georg Maier ist es wichtig, die Verteidigung der Demokratie und die Stärkung des Rechtsstaats voranzutreiben. Neben der

(Fortsetzung letzte Seite)

(Fortsetzung von Titelseite)



„Ich bin mit jedem einzelnen Beschluss der Innenministerkonferenz sehr zufrieden und mit der Atmosphäre und dem Ablauf.“ resümierte Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Stärkung der kommunalen Strukturen, nimmt er drei große Themenfelder in den Fokus: die Verbrechensbekämpfung, die Prävention und Repression extremistischer Tendenzen sowie den Komplex Migration. Aber auch die Auswirkungen der Corona-Krise auf die öffentliche Sicherheit bestimmen die Themen der Innenministerkonferenz.

Mit der Pressekonferenz am 19. Juni 2020 ging die 212. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren zu Ende. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz Georg Maier, Bundesinnenminister Horst Seehofer, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius und Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier informierten über die Ergebnisse der Konferenz und zogen Resümee. Mit der *Erklärung zur Polizei in Deutschland* positionierten sich die Innenministerin, Innenminister und -senatoren sowie der Bundesinnenminister in einer Resolution zum Umgang mit und Haltung zu der Polizei in Deutschland. Die Innenministerin und Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern stehen geschlossen hinter ihren Sicherheitskräften, die im Interesse unseres freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einstehen. Die rund 300.000 Menschen, die bundesweit bei der Polizei beschäftigt sind, verdienen Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Die Teilnehmenden verurteilen die verabscheuungswürdigen und nicht hinnehmbaren Fälle von Polizeigewalt in den USA in aller Schärfe. Genauso deutlich lehnen wir in die-



Innenminister Georg Maier mit dem symbolischen Staffelstab für den Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren

sem Zusammenhang aber jeden Versuch der Gleichsetzung mit der deutschen Polizei ab. „Für uns ist klar: Das wird unserer Polizei nicht gerecht – jeder Generalverdacht verbietet sich!“, so die Ministerin, Minister und Senatoren.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Georg Maier, betonte, dass Einigkeit darin besteht, dass der gewaltbereite Rechtsextremismus und -terrorismus sowie sämtliche Strömungen und Subkulturen von Rechtsradikalismus aktuell als größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden angesehen wird. Bund und Länder sind sich einig darüber, dass die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden weiter intensiviert werden müssen, um eine nachhaltige Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität Rechts, des Rechtsextremismus/-terrorismus und des Antisemitismus zu gewährleisten. Die Konferenz bekräftigt ihre Auffassung, dass die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie zu den wichtigsten gesamtgesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit gehört. Ziel ist es, die Ermittlungsarbeit z. B. bezüglich der Identifizierbarkeit im Internet und dem Vollzug von Regelungen zur Mindestspeicherpflicht – einschließlich der internationalen Zusammenarbeit – zu forcieren.

Die Innenministerin, Innenminister und -senatoren sehen die aktuelle Krise als Anlass und Chance, um die ressort- und ebenenübergreifenden Abstimmungsprozesse im staatlichen Krisenmanagement zu überprüfen.



Das mediale Interesse während der gesamten Konferenz war groß, mit den Teilnehmenden ins Gespräch zu kommen

Ziel ist es, mit den Erfahrungen der Pandemie vor eine etwaige Lage zu kommen und aus der Krisenbewältigung zu lernen. Die Pandemie ist nicht vorbei. Das gilt auch mit dem Blick auf die Kommunen. Gerade diese haben langfristig die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie zu tragen.

Mit Blick auf die Flüchtlingssituation in Griechenland unterstützt die Konferenz die Zielsetzung der EU, innerhalb einer Koalition williger Mitgliedstaaten durch die Aufnahme in Not geratener Flüchtlinge, besonders Angehöriger vulnerabler Gruppen wie Minderjährigen Solidarität mit Griechenland zu zeigen. Die IMK weist darauf hin, dass sich Deutschland im Rahmen der Umverteilung von Asylsuchenden aus Griechenland in der Vergangenheit und aktuell solidarisch zeigt. Die IMK sprach sich dafür aus, aus humanitären Gründen den Abschiebungsstopp nach Syrien bis 31.12.2020 zu verlängern.

Die Erfurter Konferenz beschäftigte sich ebenfalls mit einer möglichen Identifikationspflicht in großen sozialen Netzwerken oder auf Spieleplattformen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, so die Konferenz und bekräftigt zudem, dass es nicht um eine Klarnamenpflicht, sondern darum geht, Personen nach Straftaten identifizieren zu können, weil beim Anbieter die Identität hinterlegt ist.

Vor der Konferenz ist nach der Konferenz. Deshalb werden heute schon die Vorbereitungen für die Herbstkonferenz vom 9. bis 11. Dezember in Weimar getroffen.



Die Konferenz begann mit einem Gruppenfoto am Tagungsort. Abstand halten war selbstverständlich. Fotos: TMIK/Steve Bauerschmidt